

## **Positionen zu bildungspolitischen Grossratsgeschäften der Märzsession 2016**

### **Bildungsstrategie 2016; Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat**

Zur Ausgangslage hält der Regierungsrat auf Seite 7 fest: *Sollen Bildungsstätten Vertrauen und Unterstützung vermitteln, muss sich auch die Politik an dieser Grundhaltung ausrichten. Zentral ist die Zuversicht in die Kompetenzen der Bildungsinstitutionen und Lehrpersonen. Die Entwicklung und Nutzung entsprechender Gestaltungsfreiräume ist dabei von grosser Bedeutung. Massnahmen und Veränderungen müssen immer auch zum Ziel haben, Vertrauen in das Bildungssystem und in seine Akteurinnen und Akteure aufzubauen.*

Diese Aussage wird von Bildung Bern vollumfänglich unterstützt. Unterstützung findet die vorliegende Bildungsstrategie 2016 auch bezüglich den vorgesehenen Handlungsfeldern und den angedeuteten Massnahmen. Richtigerweise wird bei der Berichterstattung über die laufenden und abgeschlossenen Projekte darauf hingewiesen, dass einige Projekte aus Sicht der Verwaltung abgeschlossen, ihre tatsächliche und vollständige Umsetzung jedoch noch längere Zeit benötigen. Insofern ist die angestrebte „Beruhigung im Bildungssystem“ noch nicht erreicht – sollte dies überhaupt einmal möglich sein.

Bildung Bern teilt die regierungsrätliche Aussage, dass es stabile Rahmenbedingungen für alle Bildungsstufen braucht, damit gute Bildung gelingen kann. Dass dies auch gesicherte finanzielle Ressourcen voraussetzt, versteht sich von selbst und wird auch von der Regierung so gesehen. Für Bildung Bern ist klar, dass die anstehenden Herausforderungen nicht innerhalb der bisherigen Kosten zu bewältigen sind. Immerhin hat sich der Anteil der Bildung an den Gesamtausgaben des Kantons Bern zwischen 1995 und 2014 um 10.4% verringert! Der Kanton Bern kommt nicht darum herum, wieder zusätzliche finanzielle Mittel in die Bildung zu investieren, soll die folgende Aussage im Vorwort des Regierungsrats zutreffen: *Die Bildung ist auch in Zukunft der zentrale „Rohstoff“ der Einzelnen, unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft.*

*Motion 016-2016, Zäch (Burgdorf, SP; Sprecherin)*

### **Gegen eine teure Auslagerung von Ausbildungsplätzen in andere Kantone – Für die Anpassung der Zulassungsbedingungen am Institut für Heilpädagogik der PHBern!**

Der Regierungsrat soll dafür sorgen, dass die Zulassung für die Ausbildung Heilpädagogik künftig kein Lehrdiplom als Vorbedingung mehr vorsieht. Begründet wird diese Forderung mit dem Verweis auf die EDK-Richtlinien, die für dieses Studium keine ausgewiesene Unterrichts befähigung vorsehen. Damit sei die PHBern nicht konkurrenzfähig, da interessierte Personen diese Ausbildung an anderen Hochschulen absolvieren. Der PHBern entgehen so zusätzliche Einnahmen und der Kanton muss sich finanziell an anderen Hochschulen beteiligen. Mit einer solchen Lockerung der Zulassungsbedingungen könne zudem der Mangel an Heilpädagoginnen und Heilpädagogen verringert werden.

Die Regierung unterstützt diese Forderung. Sie wollte bereits bei der letzten entsprechenden Gesetzesrevision diese Anforderung zur Zulassung streichen, verzichtete jedoch angesichts der Widerstände im Vernehmlassungsverfahren. Aufgrund des Rekrutierungsproblems und da heute viele Personen ohne Ausbildung in schulischer Heilpädagogik angestellt werden, will die Regierung die Eintrittshürde zum Studium reduzieren.

Dass die Regierung diese Forderung unterstützt, erstaunt den Berufsverband Bildung Bern überhaupt nicht. Der Kanton Bern ist für seine liberale Haltung bezüglich Unterrichtszulassung schweizweit im Gespräch. Seit Jahren macht Bildung Bern auf den Mangel an gut qualifizierten Heilpädagoginnen und Heilpädagogen aufmerksam. Der Bedarf hat sich mit der erweiterten Integrationsaufgabe erhöht.

Teamteaching funktioniert dann, wenn ein Team menschlich und fachlich gut zusammenspielt und sich punkto Knowhow gut ergänzt. Früher waren Regellehrpersonen alleine für eine Klasse zuständig und somit für alle Kinder, auch für Kinder mit Beeinträchtigungen. Mit der Integration kamen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen in die Regelklassen hinein. Das ist wichtig und gut, weil neues, gezielteres Wissen und Können eingebracht wird. Vorteile bringt solche Zusammenarbeit dann, wenn Heilpädagoginnen/ -pädagogen Unterricht aus eigener Erfahrung kennen und fähig sind, eine Klasse oder eine Gruppe Schüler/-innen alleine und auch spontan professionell zu unterrichten. Bildung Bern ist überzeugt und erhält entsprechende Rückmeldungen, dass Integration dann gelingen kann, wenn gerade diese Zusammenarbeit zwischen Regellehrperson und Heilpädagoginnen/ -pädagogen funktioniert. Sie funktioniert nicht, wenn praxisferne Heilpädagoginnen/ -pädagogen in die Klassen kommen, die zwar einzelne Kinder, aber nicht Regellehrpersonen im Alltag unterstützen können und eigenverantwortlichen Unterricht in Klassen nicht aus eigener Erfahrung verstehen. Eine „Kurzausbildung“ in Unterrichten, wie vorgesehen, wird den tatsächlichen Ansprüchen nicht gerecht. Deshalb unterstützt der Berufsverband die aktuellen hohen, praxisfreundlichen Anforderungen der PH Bern. Gerade der Kanton Bern, der in der Anstellung von Lehrpersonen ohne entsprechende Diplome liberal ist, kann sich in dieser Beziehung mit einer hohen Professionalität positionieren und entkräftet den oftmals geäusserten Vorwurf der Akademisierung im Lehrberuf.

Rechtlich ist vorgesehen, dass Personen, die nicht über die vorgesehenen Diplome verfügen, mit zumutbaren Auflagen angestellt werden (Art. 5 Abs. 2 LAG: Erfüllt die Lehrkraft die Anforderung gemäss Absatz 1 nicht, wird die Anstellung in der Regel mit der Auflage verbunden, das erforderliche Diplom innert angemessener Frist zu erwerben). Zudem kann sich der Kanton an der Ausbildung finanziell beteiligen (Art. 17a Abs. 3 LAG: Der Regierungsrat kann bezahlte Urlaube vorsehen für Ausbildungen, die im Interesse des Kantons sind). Beide Gesetzesänderungen wurden erst kürzlich eingeführt. Würde die Erziehungsdirektion diese Möglichkeiten endlich konsequenter umsetzen, wird mehr erreicht, als durch eine weitere fragwürdige Senkung der Zulassungskriterien!

***Bildung Bern empfiehlt, die Motion abzulehnen.***

*Motion 200-2015, Augsburger (Gerzensee, SVP)*

### **Berufsbildung stärken und Hochschulbildung wirksam steuern**

Grossrat Augsburger will den Regierungsrat auffordern, Massnahmen zur Stärkung der Berufsbildung zu schaffen und die Hochschulausbildung wirksam und entsprechend den Bedürfnissen der Wirtschaft zu steuern. Dazu schlägt er folgende Massnahmen vor:

- Die Volksschule soll sich auf technische und handwerkliche Fertigkeiten konzentrieren und sich von der Sprachenlastigkeit befreien. Dazu sollen die Stufenübertritte entsprechend angepasst, die verlangten Leistungen stärker auf die im Berufsleben verlangten Fähigkeiten ausgerichtet und der Leistungswille als Voraussetzung für die 10. Schuljahres stärker überwacht werden.
- Die Anforderungen für den Übertritt ans Gymnasium verschärfen, u.a. mit einer obligatorischen Aufnahmeprüfung.
- Die Anzahl Studierender, insbesondere in den Sozial- und Geisteswissenschaften auf die Nachfrage der Gesellschaft und Wirtschaft anzupassen, mittels Numerus Clausus, höheren Studiengebühren, Darlehen statt Stipendien und einer strengeren Selektion.

Die Regierung lehnt die Forderungen ab. Grundsätzlich sollen die Berufsbildung und die akademische Bildung nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beide seien für die Wirtschaft und Gesellschaft unverzichtbar. Eine, wie in der Motion vorgesehene, planwirtschaftliche Steuerung lehnt die Regierung deutlich ab. Sie verweist auf die heutigen Grundlagen, welche ihrer Ansicht nach genügen, damit sowohl die Berufsbildung, wie auch die akademische Bildung genügend gefördert werden.

Auch für den Berufsverband ist eine Unterstützung der beruflichen und der akademischen Bildung zentral. Die vom Motionär vorgeschlagenen Massnahmen lehnt Bildung Bern jedoch ab. Es scheint, dass der Motionär teilweise von falschen Annahmen ausgeht, wie sich z.B. der Arbeitsmarkt bezüglich der Nachfrage verhält oder wie heute selektiert wird, resp. welche Anpassungen bereits vorgesehen sind. Die Regierung dokumentiert in ihrer Stellungnahme umfassend.

***Bildung Bern empfiehlt, die Motion abzulehnen.***